

Schriftliche Kleine Anfrage

des Abgeordneten Thilo Kleibauer (CDU) vom 19.08.24

und Antwort des Senats

Betr.: Dauerbrenner § 2b Umsatzsteuergesetz – was bedeutet die nochmalige Verlängerung der Übergangsfrist für Hamburg?

Einleitung für die Fragen:

Bereits ab dem Jahr 2017 wurde mit der Neuregelung des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) die Umsatzsteuerpflicht auf viele Institutionen und Aktivitäten der öffentlichen Hand ausgeweitet. Ursprünglich enthielt das Gesetz eine Übergangsfrist zur Einführung der Regelung bis Ende 2020. Diese Übergangsfrist wurde inzwischen mehrfach verlängert. Anstatt der zuletzt vorgesehenen verpflichteten Einführung ab dem 1. Januar 2025 soll jetzt mit dem Jahressteuergesetz 2024 die Frist erneut bis zum 31.12.2026 verlängert werden, wodurch sich insgesamt eine Übergangsfrist von elf Jahren ergibt.

Die Finanzbehörde hat bereits 2017 ein Projekt zur Umsetzung des § 2b UStG bei der FHH eingesetzt. Zahlreiche vorbereitende Arbeiten und Mitarbeiter-schulungen fanden schon vor mehreren Jahren im Zuge der ursprünglich vorgesehenen Umstellungstermine statt.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat:

Einleitung für die Antworten:

Zum 1. Juli 2023 wurde das Projekt zur Umsetzung des § 2b UStG der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) neu strukturiert. Der umsatzsteuerfachliche Teil (unter anderem umsatzsteuerrechtliche Bewertungen, fachliche Schulungen) wird nunmehr in der Linie im Steuerbüro (USt) der Finanzbehörde wahrgenommen. In dem fortlaufenden Projekt wird die technische Umsetzung in der komplexen und heterogenen Systemlandschaft der FHH koordiniert (unter anderem Anpassungen der Buchhaltungssysteme, Steuerkennzeichenbefähigung von Fachverfahren und Schnittstellen, Erstellung einer Umsatzsteuer-Webanwendung zur Steuerkennzeichenfindung, Konzeption eines systembasierten Meldewesens, Einführung eines Vorsteuerkorrekturprogramms, Etablierung von Maßnahmen für ein Tax Compliance Management System -TCMS-).

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die Fragen wie folgt:

Frage 1: *Hält der Senat oder die zuständige Behörde aufgrund von Bedenken bezüglich einer rechtssicheren Einführung oder neu aufgetretener Rechtsfragen eine weitere Verlängerung der Übergangsfrist für die Anwendung des § 2b UStG für sinnvoll?*

Antwort zu Frage 1:

Das Bundeskabinett hat am 16. August 2024 den Entwurf eines Jahressteuergesetzes (JStG 2024) dem Bundesrat zugeleitet, in dem für juristische Personen des öffentlichen Rechts eine Verlängerung der Übergangsregelung in § 27 Absatz 22a UStG um zwei Jahre bis zum 31. Dezember 2026 vorgesehen ist.

Das Gesetzgebungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Im Übrigen sieht der Senat davon ab, sich zu meinungsbildenden Stellungnahmen zu äußern.

Frage 2: *Wird die FHH als juristische Person des öffentlichen Rechts ab dem 1. Januar 2025 den § 2b UStG anwenden oder von einer verlängerten Übergangsfrist Gebrauch machen?*

Antwort zu Frage 2:

Die Meinungsbildung des Senats ist hierzu noch nicht abgeschlossen.

Frage 3: *Welche Auswirkungen ergeben sich im Einzelnen durch eine Verlängerung der Übergangsfrist auf die Haushaltsplanung 2025/2026 und auf die Maßnahmen zur Einführung der Umsatzsteuerpflicht?*

Antwort zu Frage 3:

Die Maßnahmen zur Einführung der Umsatzsteuerpflicht betreffen einerseits die technischen Einstellungen in den Buchhaltungssystemen, Fachverfahren und Schnittstellen sowie andererseits die administrativen Arbeiten zur Anpassung von Gebühren, Verträgen und Vereinbarungen. Umstellungs- und Anpassungsarbeiten können überwiegend ohne weitere Auswirkungen zurückgestellt werden. Sofern bereits Maßnahmen (zum Beispiel Anpassung von Gebühren) eingeleitet wurden oder mit Blick auf den erforderlichen Umsetzungsaufwand vor der endgültigen Entscheidung begonnen werden, würde die Verlängerung eine erneute Anpassung notwendig machen. Der Haushaltsplan-Entwurf 2025/2026 basiert auf der geltenden Rechtslage. Eventuelle haushälterische Auswirkungen einer Verlängerung der Übergangsfrist waren nicht zu treffen.

Frage 4: *Welche rechtlichen Fragen oder spezifischen Anwendungsfälle sind derzeit aus Sicht der zuständigen Behörde im Zuge der Einführung des § 2b UStG noch ungeklärt?*

Antwort zu Frage 4:

Rechtliche Fragestellungen werden regelmäßig an die Finanzbehörde herangetragen und bearbeitet. Insbesondere sind hier Fragestellungen zu Leistungsbeziehungen und Kooperationen mit anderen juristischen Personen des öffentlichen Rechts (unter anderem interkommunale Zusammenarbeit, Leistungsaustausch mit staatlichen Hochschulen) und deren steuerliche Beurteilung hinsichtlich einer Wettbewerbsrelevanz im Sinne des § 2b UStG zu nennen. Die Bundesregierung verweist selbst auf noch zu klärende, aber nicht näher benannte grundlegende Rechts- und Rechtsanwendungsfragen. Insofern ist davon auszugehen, dass deren Klärung vom Bund weiter betrieben wird.

Frage 5: *Wie sind der aktuelle Stand und der Zeitplan der technischen Umsetzung der Einführung des § 2b UStG in den Buchhaltungssystemen der FHH?*

Antwort zu Frage 5:

Die Konzeptionsphase zur Anpassung an die umsatzsteuerlichen Anforderungen für die SAP-Buchhaltungssysteme der FHH ist abgeschlossen. Ihre Umsetzung wird parallel mit einem rollierenden Test- und Fehlermanagement betrieben. Die aktuelle Projektplanung sieht hierfür folgende weitere Termine vor:

09.2024	Umsetzung und Testdurchführung,
12.2024	Produktivsetzung, Vorbereitung und Anpassung offener Vorgänge (Daueranordnungen, Dauerbuchungsbelege, offene Kundenaufträge, offene Bestellungen, und so weiter),
01.2025	Anwendung des § 2b UStG und Unterstützung in der Anlaufphase
06.2025	Projektende.

Die umsatzsteuerlichen Informationen aus anderen externen Buchhaltungssystemen kleinerer Einheiten der FHH (zum Beispiel fremdbewirtschaftete Sondervermögen) werden über das umsatzsteuerliche Meldeverfahren aufgenommen, solange keine entsprechenden technischen Vorkehrungen für die automatisierte Zulieferung der Daten getroffen werden können.

Frage 6: *Wie viele Mitarbeiter sind derzeit für das Projekt zur Einführung des § 2b UStG tätig? Bis wann ist das Projekt derzeit befristet?*

Antwort zu Frage 6:

In dem Projekt sind aktuell fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Das Projekt hat eine Laufzeit bis 30. Juni 2025.

Frage 7: *Wie hoch ist das aktuelle Projektbudget? Wie viele Kosten sind für das Projekt bislang angefallen?*

Frage 8: *In welche Höhe sind in den Jahren 2025 und 2026 Mittel für das Projekt eingeplant?*

Frage 9: *Wie hoch waren die bisherigen Aufwendungen der FHH (einschließlich aller betroffenen Dienststellen, Landesbetriebe und Sondervermögen) für die Einführung des § 2b UStG und wie setzen sie sich im Einzelnen zusammen?*

Antwort zu Fragen 7, 8 und 9:

Seit 2017 bis zum 30. Juni 2024 sind Projektkosten in Höhe von 9,8 Millionen Euro entstanden, davon entfallen auf Sachkosten 6,3 Millionen Euro und auf interne Personalkosten 3,5 Millionen Euro. Darüber hinaus sind in anderen Dienststellen Kosten von 1,1 Millionen Euro angefallen. Hierauf entfallen 0,7 Millionen auf Personalkosten, 0,3 Millionen Euro auf externe Dienstleistungen und 0,1 Millionen Euro auf sonstige Sachkosten.

Für das zweite Halbjahr 2024 werden weitere Projektkosten in Höhe von bis zu 2,7 Millionen Euro und im ersten Halbjahr 2025 bis zum Projektende bis zu 1,6 Millionen Euro erwartet.

Frage 10: *Mit welchen Mehrkosten wird bei einer weiteren Verschiebung der erstmaligen Anwendung des § 2b UStG gerechnet?*

Antwort zu Frage 10:

Siehe Antwort zu 2.

Frage 11: *Welche externen Auftragnehmer sind derzeit jeweils mit welchen Leistungen und welchem Auftragsvolumen im Zuge der Umsetzung des § 2b UStG für die FHH tätig? Welche Auswirkungen hat eine Verlängerung der Übergangsfrist auf diese Aufträge?*

Antwort zu Frage 11:

Als externe Auftragnehmerin wird KPMG zur Unterstützung bei der Bestandsaufnahme, Konzeption, technischen Umsetzung, Testkoordinierung und in geringerem Umfang mit Steuerberatungsleistungen für das in der Finanzbehörde eingesetzte Projekt tätig. Das Gesamtauftragsvolumen beträgt bis zu 4,8 Millionen Euro. Bei einer Verlängerung der Übergangsfrist wäre von einer zeitlichen Verlagerung von technischen Umsetzungsmaßnahmen beziehungsweise Produktivsetzungsmaßnahmen auszugehen. Im Rahmen einer hierzu durchgeführten Umfrage bei den Behörden, Ämtern, Landesbetrieben und Sondervermögen wurden keine Kostenauswirkungen einer Verlängerung der Übergangsfrist benannt.